

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

VB 3

Berlin, 23.12.2022

9(0)223-1512

*frank.brockmann@
seninnds.berlin.de*

An die

Vorsitzende des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung
sowie Bezirke und Personal

über

die Vorsitzende des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

Entwicklung des IKT-Basisdienstes für digitale Kollaboration

rote Nummer/n: *Vw 0066*

Vorgang: 5. Sitzung des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal des Hauptausschusses vom 16.05.2022

Ansätze: entfällt

Gesamtausgaben: entfällt

Der Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal des Hauptausschusses hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat folgende Fragen eingereicht:

1. Thema IKT-Basisdienst Kollaboration

Bitte um einen Bericht zum 31.10.2022 zur Entwicklung des Basisdienstes für digitale Kollaboration [...]“

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt einer Fristverlängerung bis zur Sitzung am 26.06.2023 zu.

Hierzu wird berichtet:

Der Unterausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.11.22 dem Fristverlängerungsantrag bis zur Sitzung am 23.01.2023 zugestimmt. In dem Schreiben zur Fristverlängerung (Vw 0066) wurde ausgeführt, dass sich der zukünftig einzuführende Basisdienst im Status der Planungsvorbereitung befindet und die für eine fundierte Planung erforderlichen organisatorischen Strukturen vorbereitet werden.

Ergänzend kann ausgeführt werden, dass die aus den Stellenzugängen zum Haushalt 22/23 eingeplante eine Stelle für die Geschäftsstelle des zukünftigen Basisdienstes Digitale Kollaboration zwischenzeitlich auf dem Berliner Karriereportal ausgeschrieben wurde. Die Bewerbungsfrist endet zum 05.01.2023.

Das für die Projektleitung und -durchführung benötigten Personal soll nach Freigabe des Haushaltsplans 2023 zur Bewirtschaftung über einen zur Verfügung stehenden Rahmenvertrag ausgeschrieben werden, da hierfür kein eigenes Personal vorhanden ist und auch keine besetzbaren Stellen zur Verfügung stehen.

Das geplante Vorprojekt wird nach heutigen Erwartungen im ersten Halbjahr 2023 durchgeführt und die darauf aufsetzende Gesamtprojektplanung vorgelegt.

Es wird daher um Fristverlängerung bis zur letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause gebeten.

Dr. Ralf Kleindiek